

„ZIVILGESELLSCHAFT“ EINE (TEURE) MOGELPACKUNG



Liebe Leser,

seit Oktober 2019 vertrete ich den Wahlkreis Dresden 4 als Abgeordnete im Sächsischen Landtag. Geboren bin ich 1961 in Halle/Saale und bin als studierte Ingenieur-Ökonomin mit jahrelanger Berufserfahrung und Mutter dreier Söhne stets meinen eigenen Weg gegangen. Weil ich mir Sorgen um unser Land mache, bin ich 2016 Mitglied der Alternative für Deutschland geworden.

Seit 2018 bin ich Mitglied des Landesvorstands der AfD sowie unter anderem des Landesfachausschusses Familie, seit Oktober 2019 vertrete ich als stellvertretende Landesvorsitzende und Beisitzerin im Fraktionsvorstand die Interessen unserer Wähler im Sächsischen Landtag.

Schwerpunkte meiner Arbeit sind

- der Einsatz für eine tragfähige Familienpolitik
- der Kampf gegen die unsinnigen Quotenregelungen und die Förderung von Frauen abseits des Gleichstellungswahns (zum Thema empfehle ich unsere Broschüre: *Frauen und die AfD? 10 Klischees – 10 Antworten*)
- Kritik an den verheerenden Folgen der Einwanderungs- und Migrationspolitik, die Schwarz-Grün-Rot gemeinsam mit der Linken in Sachsen betreibt
- die Aufdeckung linker Netzwerke und der Geldflüsse, die einer Vielzahl an Vereinen und NGOs in Sachsen ihre destruktiven Aktivitäten ermöglichen.

Ein wichtiges Instrument für die Arbeit einer Oppositionspartei sind Kleine und Große Anfragen. Ich und mein Team haben in der laufenden siebten Wahlperiode schon über 200 Kleine Anfragen erarbeitet. Viele davon widmen sich den Aktivitäten linksradikaler und der Antifa nahestehender Vereine, die teilweise großzügig mit Steuergeldern gefördert werden. Die transportierten Inhalte sind dabei häufig alles andere als unbedenklich. Aus dieser Recherchearbeit ist die vorliegende Broschüre entstanden. Ich vermute, Sie, liebe Leser, werden staunen, was so alles mit Ihren Steuern finanziert wird... Ich wünschen Ihnen eine augenöffnende (und vielleicht trotzdem vergnügliche) Lektüre!

Ihre Martina Jost | Mitglied des Sächsischen Landtags



Was ist Zivilgesellschaft?

„Zivilgesellschaft ist die Welt der privaten Initiativen, der Vereine, der Kollegen, Freunde und Nachbarn. Sie gilt als der *dritte Sektor* neben der Wirtschaft und Politik.“¹ Der „dritte Sektor neben der Wirtschaft und Politik“ – das klingt wichtig, und das ist es auch. Nach dieser Definition ist alles, was nicht vom Staat oder Kommunen organisiert wird, Zivilgesellschaft.

Also: Zivilgesellschaft, das sind wir alle? Sie, Ihr Kumpel und Ihre alte Nachbarin, der Verein für Obdachlosenhilfe, der Karnevalsverein? So sollte es sein. Aber der Begriff hat leider eine eindeutige ideologische Schlagseite – er schließt gerade nicht uns alle *ein*, sondern viele Menschen aus: „Zivilgesellschaft“ bezeichnet nämlich nicht die Vielfalt unserer menschlichen Beziehungen und Gemeinschaften, wie wir sie erleben, sondern ist exklusiv für Vereine und andere Organisationen reserviert, die linke Politik in die Breite tragen sollen.

Die (steuerfinanzierte) Bundeszentrale für politische Bildung wird auch ganz deutlich: Die Zivilgesellschaft solle

durch „Agenda Setting (...) Probleme wie Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit thematisieren“. Linksextremismus oder Islamismus wird natürlich nicht benannt. De facto geht es darum, alle nicht-linken Positionen als „rechtsextremistisch“ zu brandmarken und so unmöglich zu machen.

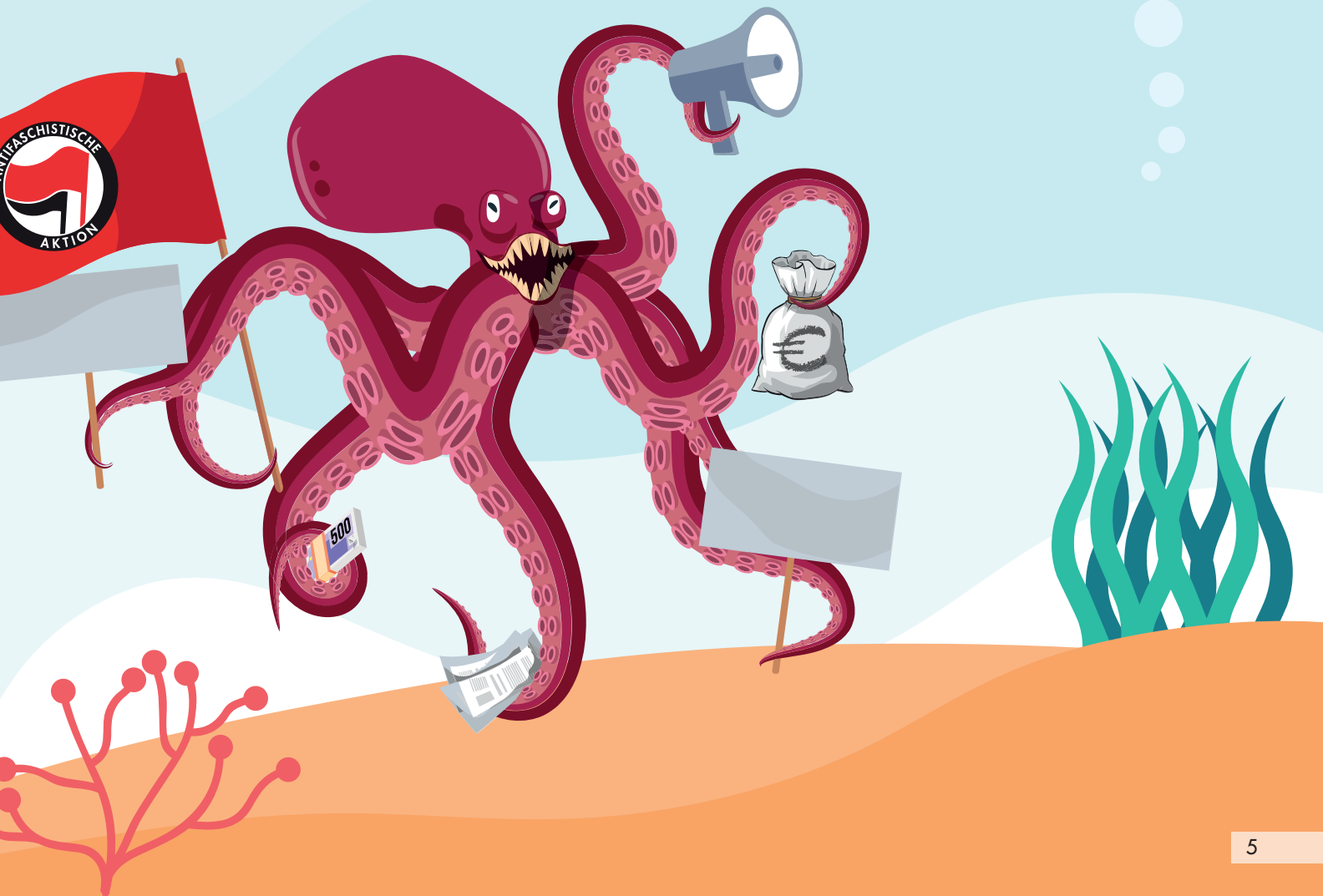
Erfunden wurde die „Zivilgesellschaft“ als Kampfbegriff denn auch von einem Vordenker des (italienischen) Marxismus, Antonio Gramsci (1891-1937). Gramsci wollte für die Linke die kulturelle Vorherrschaft („Hegemonie“) über die Gesellschaft erringen: Linke sollten überall sein, einen verschleiernenden Sprachgebrauch pflegen, Sympathien gewinnen und so mit ihren Auffassungen nach und nach die gesamte Gesellschaft durchdringen. Die Achtundsechziger folgten im Wesentlichen diesem Rezept und der berühmte „lange Marsch durch die Institutionen“ war denn auch ein voller Erfolg.

Demokratisch ist das bestimmt nicht. Demokratie beinhaltet ja eine Vielzahl von Positionen von links bis rechts. Trotzdem: Für diese trügerische Kopie



einer echten Bürgergesellschaft, in der alle repräsentiert sein müssten, gibt der Freistaat Sachsen viel Geld aus. Übrigens IHR Geld, falls Sie sich fragen

sollten, wo es herkommt. Dahinter stehen allein in Sachsen hunderte Vereine in unzähligen Netzwerken. Beispiele gefällig?



Wofür ihre Steuergelder fließen / Netzwerke

	MITGLIEDSCHAFTEN	LEITBILD
Netzwerk Tolerantes Sachsen	Mehr als 130 sächsische Vereine, Initiativen und Organisationen	• Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
Kulturbüro Sachsen	Mitglied in 16 Netzwerken und Gremien	• Deutschland als Migrationsgesellschaft • Durchsetzung der Menschenrechte für ALLE
Netzwerk für Antidiskriminierungskultur Sachsen (NaDis)	• Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. • Genderkompetenzzentrum Sachsen / FrauenBildungs-Haus Dresden e.V. • Gerede e.V. – Verein für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt • Kulturbüro Sachsen e.V. • Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V. • Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen • LIGA Selbstvertretung Sachsen – Netzwerk Behinderung und Menschenrechte Sachsen • Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. Leipzig	„Es braucht geschlechtergerechte und geschlechtersensible Sprache an den sächsischen Schulen“ Themen: Behinderung, Migration, Rassismus, sexuelle Identität, Gender, Lebensalter, Religion/ Weltanschauung und Demokratieentwicklung



MITGLIEDSCHAFTEN		LEITBILD
AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte	18 Personen aus verschiedenen Netzwerken und Institutionen u.a. RAA, Caritas, Ev. Luth. Landeskirche	• Verstärken des Problembewusstseins zu Rechts extremismus und Gefährdung der Demokratie innerhalb der Kirche/n
Kulturbüro Dresden	Zusammenarbeit mit zur Zeit 56 Vereinen, aus den Bereichen der Kultur- und Jugendarbeit und acht weiteren Kooperationspartnern, u.a. Ausländerrat Dresden, Dachverband Sächsischer Migrant*innenorganisationen	• Kinderrechte • Stärkung von Migrant*innenorganisationen • Integrationsarbeit
Netzwerk für Jugend- und Kulturarbeit	Raum Chemnitz Mehr als 70 Mitglieder	• nach eigenen Angaben angeblich parteipolitisch neutral • Gleichwertigkeit aller Menschen • Würdigung der Diversität • Einhaltung der Menschenrechte, Ablehnung jeglicher Art rassistischen Denkens und Handelns
Netzwerk für demokratische Kultur e.V. (NDK)	• 14 hauptamtliche Mitarbeiter aus Wurzen und Umgebung • 35 Mitglieder	• für eine kritische und aktive Zivilgesellschaft • Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte • lebendige Erinnerungskultur • Ablehnung von „Sexismus“ als Geschlechterstereotypen Flucht, Asyl, Soziokultur

MITGLIEDSCHAFTEN		LEITBILD
Netzwerk für Demoakratie und Courage e.V.	• Drei Netzstellen: Chemnitz, Dresden, Leipzig • Länderbüros in 13 Bundesländern • Netzwerkpartner: DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Herbert-Wehner-Bildungswerk	• demokratiefördernde Bildungsarbeit • Schulungen • Materialerstellung
AG Jugendfreizeitstätten Sachsen (AGJF Sachsen)	• 110 Mitglieder darunter RAA Sachsen, Die Falken, Gerede e.V., Diakonie, AWO, Jugendclubs	• Dach- und Fachorganisation für Jugendarbeit und Jugendhilfe • Geschäftsfelder Fortbildung - Beratung - Service • Angebotserstellung für die Mitglieder
Landesverband Soziokultur	• 66 Netzwerkmitglieder darunter Sächsische Staatskanzlei, SMK; SM für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Kulturbüro Sachsen • 62 Mitgliedervereine	• Kampagnen: „Unteilbar“, „Kultur wählt Demokratie“ • Jugendarbeit zu Toleranz, Demokratie, Vielfalt
Sächsische Kinder- und Jugendstiftung	• 15 Mitarbeiter	• FSJ, „genial sozial“-erarbeitetes Geld für weltweite Projekte • Willkommenskitas • Projekte gegen Diskriminierung, Rassismus • Förderung von sogen. Klimaschulen etc.



MITGLIEDSCHAFTEN		LEITBILD
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	Schirmherrin: Ehefrau von Frank Walter Steinmeier	• Bildungsgerechtigkeit • Akzeptanz für Veränderungen • Dialoge zwischen Staat und Zivilgesellschaft
Entwicklungs- politisches Netz- werk Sachsen e.V.	• 68 Mitgliedervereine	• Eine-Welt-Promoterinnen • weltweite Gerechtigkeit • Anti-Rassismusbearbeitung • umweltbewahrende Weltgesellschaft
Demokratie- zentrum Sachsen	Sächs. Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben“	• vereint alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bewegungen im Freistaat Sachsen engagieren • „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“



„Seid verschlungen, Millionen!²“:

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ (WOS)

„Laut Einzelplan 08 des Haushaltsplanes 2021/22 standen 2022 für die Umsetzung der Richtlinie WOS insgesamt 7,47 Millionen Euro zur Verfügung (Titel 633 54 und 684 54).“³ Im Jahr 2021 wurden in Sachsen satte sechs Millionen Euro ausgezahlt.⁴ Für 2023 ist nochmals die Summe von 7,47 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus haben Vereine die Möglichkeit, aus dem Bundesprogramm *Demokratie leben!*, das in Deutschland 2023 mit 182 Millionen Euro gefördert wird, Mittel zu beantragen. Aber wofür eigentlich diese riesigen Summen?

Weltoffenes Sachsen fördert speziell „Maßnahmen, die Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere politisch und religiös motivierten Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus abbauen helfen“⁵. Es findet sich allerdings kein Wort über Christenfeindlichkeit und Hass gegen Deutsche. Und: Das Programm suggeriert, die Landesregierung wäre in einem ständigen Kampf gegen den Rassismus, Extremismus, Antisemitismus der sächsischen Bürger verstrickt. Dieser ist offenbar so furchtbar, dass

mal eben 7,5 Millionen Euro locker gemacht werden müssen. Jeder Blick auf den Alltag in Sachsen zeigt: Das kann nicht sein. Und was den Extremismus betrifft: Die Zahlen der Bundesanwaltschaft zeigen klar, dass die weitaus größte Bedrohung von islamistischen Tätern ausgeht, gefolgt von Linksextremen und mit weitem Abstand von der angeblich größten Gefahr, nämlich von Rechtsextremisten.⁶

Dazu kommt nun noch das im Dezember 2022 von der Bundesregierung beschlossene Demokratiefördergesetz, das von Staatsministerin Köpping begrüßt wurde, natürlich verbunden mit dem sofortigen Ruf nach „konkreten Förderrichtlinien“⁷. „Initiativen hoffen auf langfristige Förderung“, titelte die *Süddeutsche Zeitung* – die Verschwendung von Steuergeldern soll so auf Dauer gestellt werden.⁸

„Weltoffenheit“ bedeutet im Klartext, dass die einheimische Mehrheit sich an den Gewohnheiten von Zugezogenen orientieren soll und andernfalls als „rassistisch“ gebrandmarkt werden muss. Mit dieser Haltung dürfte die Bundesrepublik weltweit wohl alleine stehen.

Dieses ideologische Programm hat drei Säulen:



Säule 1: Millionen für „Integration und Zusammenhalt“ WIR sagen: Integration ist eine Bringschuld!

Das Bündnis gegen Rassismus z.B. wird im Rahmen des Landesprogramms *Weltoffenes Sachsen* über das *Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen* finanziert.⁹ Dieses erhielt im Jahr 2019 85.258 Euro für das Projekt „Für ein gerechtes und menschenwürdiges Sachsen! Ein Bündnis gegen Rassismus“. Zielgruppen waren nach Aussage der Landesregierung „in erster Linie die Mitgliederorganisationen des Bündnisses gegen Rassismus“, d.h. im Klartext, man förderte primär die „Weiterbildung“ der eigenen Klientel.¹⁰ In 2020 erhielt das *Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen* 61.633 Euro für seine Aktivitäten.¹¹ Diese haben mit den berechtigten Interessen des sächsischen Steuerzahlers herzlich wenig zu tun. Themen wie „Migration & Eine Welt“, „Globales Lernen & Bildung für nachhaltige Entwicklung“ oder „Entwicklungs-Zusammenarbeit“ haben in der Landespolitik nichts zu suchen. Sie sollten Aufgabe des Bundes sein. Die Materialien und Publikationen, die das Netzwerk vorlegt, tragen Titel wie „Ausbeutung made in Europe“, „Entwicklungsland Sachsen“ oder „Zwi-

schen Kopftuch-Debatten und *Generation Islam*: Warum Bildungsarbeit antimuslimischen Rassismus adressieren sollte“. Die Tendenz ist deutlich: Mit finanzieller Unterstützung des Freistaats werden das Land Sachsen und seine Bewohner direkt und indirekt als rückständig, fremdenfeindlich und islamophob dargestellt. „Rechtspopulistische und rassistische Diskurse“ nehmen angeblich zu, und um dem zu begegnen, braucht es, so die Logik, dann auch immer mehr Fördermittel...

Die sächsische Bevölkerung finanziert also Organisationen, deren einziger Daseinszweck darin besteht, den Sachsen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus zu unterstellen. Wozu? „Rassismus ist Alltag für viele Menschen in Sachsen. Doch wo sich andernorts eine kritische Öffentlichkeit gebildet hat, wird in Sachsen geschwiegen, weggeschaut und ignoriert. Dieser stillschweigenden Akzeptanz des unterschwelligen wie des offensichtlichen Rassismus wollen wir entgegenwirken – für ein menschenwürdiges Sachsen.“¹²

„Rassismus ist Alltag für viele Menschen in Sachsen.“ Im Ernst? Was für Belege gibt es dafür? Leben wir wirklich in einem Land, in dem Fremde nicht „menschenwürdig“ behandelt werden? Dann wären allerdings die Altparteien für diese Zustände verantwortlich, denn schließlich sind sie an der Macht... Der angebliche Alltagsrassismus kann wohl kaum verbreitet sein, denn in Sachsen leben ca. 25.000

Syrer und ca. 10.000 Afghanen, im Jahr 2022 hat sich die Zahl der neuangekommenen Asylbewerber gegenüber 2020 mehr als verdoppelt.¹³

Die Vorwürfe der Lobby-Organisationen zeugen daher nicht von einer angeblichen sächsischen Fremdenfeindlichkeit, sondern im Gegenteil von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ besonders gegen die Sachsen,



aber auch gegen Deutsche insgesamt. Dieser Begriff wurde von dem Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer erfunden. Er ist ähnlich tendenziös wie die „Zivilgesellschaft“: Ziel von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) können laut der Bundeszentrale für politische Bildung nämlich nur Zuwanderer und andere Minderheiten werden. Deutsche, speziell Sachsen, kommen in dieser Weltsicht nur als Täter vor... Ist diese Annahme etwa nicht „gruppenbezogen menschenfeindlich“?!¹⁴

Unter dem Dach des *Bündnis gegen Rassismus* naschen derzeit 51 Organisationen fleißig aus dem Honigtopf Ihrer Steuergelder, um Sie damit weiter als üble Rassisten darstellen zu können...¹⁵

In diesem Bereich tätig (Beispiele):

- Ausländerrat Dresden
- Netzwerk Tolerantes Sachsen
- Kulturbüro Sachsen
- Bautzen bleibt bunt

Säule 2: Angebliche „Antifaschisten“ – der militante Arm linker Kräfte – WIR sagen: Keine Förderung für Extremisten!

Ein Beispiel ist das *Jugendzentrum AZ Conni* in Dresden, das auf seiner Homepage gleich mit dem Spruch „Kein Mensch ist illegal“ aufmacht, was in klarem Widerspruch zur geltenden Gesetzgebung steht. Ein buntes und sympathisches Angebot reicht von Kneipen- und Kulturplenum über eine Austauschstube für Kinderkleidung bis zu einem Buchladen und einer Technikgruppe. Es wird Jugendarbeit betrieben und ein Kinderladen. Zwischen 2017 und 2019 erhielt das *Conni* erhebliche Mittel vom Freistaat, nämlich allein für Personalkosten 257.342 Euro. Diese flossen unter anderem für ein „Kontaktcafé für Menschen mit Migrationshintergrund“ sowie für „Wohnraumvermittlung, Beratung und Nachbegleitung im Kontaktcafé des *AZ Conni*“. ¹⁶ Wieso diese Summen nötig sein sollten, um Leute zum Wohnbedarf zu beraten und ihnen bei einer Tasse Kaffee Kontakte zu vermitteln, bleibt das Geheimnis des *Conni* und des Freistaats Sachsen. Gefördert wird es auch vom Stadtbezirksamt Neustadt. Dies, obwohl es nachweislich Linksextremisten eine Plattform bot: Laut Anfrage wusste die Staatsregierung über „Treffen von Linksextremisten aus dem In- und Ausland im *AZ Conni* Bescheid“, die vom *Conni* auch beworben wurden. ¹⁷

So führte die *Undogmatische Radikale Antifa (URA) Dresden* dort wiederholt Mobilisierungsveranstaltungen durch. Die Gruppe, die alle Themen mit „Anti“-bespielt, beschäftigt sich außerdem u.a. damit, für Abtreibungen zu werben, Demos für die gewalttätige Hammerbande zu organisieren (Soli-Demo am 04.11.2021) ¹⁸ und unter dem Etikett „Gedenkkritik“ Störaktionen von Gedenkveranstaltungen zum 13. Februar durchzuführen. Besonders gehässig war die Aktion 2020, wo die Verlesung der Namen der (bekannten) Opfer der Bombardierung Dresdens mit einer „Lautsprecherchoreographie“ gestört wurde. Die URA erklärte sich solidarisch mit der Roten Hilfe, die verurteilte Linksextremisten im Gefängnis unterstützt. ¹⁹

Deutlicher kann man Extremismus gar nicht signalisieren. Die Staatsregierung gab zu, dass ihr weitere Erkenntnisse vorliegen, die jedoch dem Geheimschutz unterliegen... Trotzdem erhielt das *Conni*, das der URA eine Bühne für ihre Mobilisierung bot, zwischen 2017 und 2019 die oben genannten erheblichen Mittel vom Freistaat. ²⁰

Aber auch die Stigmatisierung des sächsischen Bürgers / Steuerzahlers wird fleißig beworben und finanziell

gefördert. Besonders feindselig (gegenüber der sächsischen Bevölkerung) ist die *Amadeu-Antonio-Stiftung* eingestellt. So wurde in den Jahren 2018 und 2019 ein Projekt der Stiftung mit dem Titel „Intervention gegen Verschwörungstheorien und Reichsideologie in Sachsen“ mit über 73.000 Euro gefördert.²¹

„Zivilgesellschaftliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren“ sollen in diesem Projekt in ihrer „demokratischen Widerstandsfähigkeit“ gegen Verschwörungstheorien und Reichsideologien gestärkt werden. Dass „Verschwörungstheorie“ ein Gummibegriff ist, leuchtet jedem ein, der die Verwendung des Begriffs in der Corona-Zeit verfolgt hat: von der geplanten Einführung der Impfpflicht bis zu der Tatsache, dass sich Geimpfte anstecken können, wurde vieles als Verschwörungstheorie gebrandmarkt, was sich später als zutreffend herausstellte. Auch dieser Begriff dient dazu, unliebsame Meinungen zu kennzeichnen, die dem Bürger abtrainiert werden sollen.

Ein besonders dreister Fall sorgte im April 2022 für Aufsehen. Eine Anfrage der Abgeordneten Martina Jost er-

gab, dass *Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken* in den Jahren von 2018 bis 2021 insgesamt 400.465 Euro an sächsischen Steuergeldern kassierte.²²

Die Falken nehmen dabei über ihre Ziele kein Blatt vor den Mund. Auf ihrer Homepage huldigen sie der Volkskommissarin und Stalin-Anhängerin Alexandra Kollontai, die alle Säuberungen der Terror-Ära in hohen Ehren überlebte (während ihr Mann erschossen wurde...). Überdeutlich heißt es weiter: „Unsere Form der politischen Arbeit ist sozialistische Erziehung. Damit streben wir die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft an. [...] Unsere sozialistische Utopie bildet das Fundament unserer pädagogischen Arbeit.“²³ Andersdenkende, ausdrücklich auch die „Mitte der Gesellschaft“, werden als „rassistisch“, „nationalistisch“ und „brauner Dreck“ verunglimpft, ganz offiziell wird ein „Antifa-Lager“ für Kinder und Jugendliche organisiert. Der antidemokratische und totalitäre Charakter ist unübersehbar: Unter dem Vorwand eines angeblich „antifaschistischen Kampfes“ werden alle nicht-linksradikalen Positionen diskreditiert. Wohlweislich wird das

genaue Programm für die Jugendlager gar nicht erst preisgegeben. Wie es aussieht, kann man sich anhand der formulierten Grundsätze gut vorstellen. Hier wird nicht Jugendbildung gefördert, sondern Indoktrination pur.

Diese Förderprogramme bedeuten, dass der Staat hoheitliche Aufgaben delegiert und an undurchsichtige Organisationen abgibt. Damit hat er die Kontrolle über die Verwendung der Gelder verloren.



Säule 3: Sexualität, Gender, Geschlechtswechsel – WIR sagen: „Jeder, wie er will“, aber warum sollen SIE dafür bezahlen?

Der Freistaat (wie auch andere Länder und die Bundesregierung) fördert sexuell abweichende Orientierungen und sog. „geschlechtliche Selbstbestimmung“ – das heißt, jeder soll selbst entscheiden, ob er Männlein, Weiblein oder etwas ganz anderes ist.

„Gender“ in allen Spielarten ist ein besonders beliebtes Thema. Die herrschende Ideologie der Altparteien geht davon aus, dass LGBTQIA+ (lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen) diskriminiert würden und daher besonderer Förderung bedürften.

Dazu gibt es zwar keinen Grund, denn in Deutschland sind sexuelle Vorlieben (mit Ausnahme von Inzest und Pädophilie) eigentlich Privatsache. Eigentlich, denn wenn es sich um eine Privatsache handelt, gibt es auch keinen Grund, sie zu fördern oder die Einstellung in der Bevölkerung verändern zu wollen. Diese ist tolerant, aber offenbar immer noch nicht tolerant genug. Die Diskriminierung bleibt jedenfalls eine bloße Behauptung. „Toleranz“ bedeutet auch kein Recht auf Förderung, sondern einfach Duldung. Auch

hier geht es wieder um wolkige Begriffe wie „Beratung“ und „Kommunikation“. Die Frage, wieso Menschen für die Ausübung ihrer Sexualität beraten werden müssen, stellt sich gar nicht. Die Förderungen steigen dabei von Haushalt zu Haushalt. Wenn sie einen realen Effekt hätten, müssten „Rassisten“ und „Transphobe“ weniger werden – und damit auch die Fördersummen abnehmen.

Stolze 144.150 Euro sind für den Verein *Different people* für 2022 vorgesehen. 2017 und 2018 wurde er für das Projekt „Akzeptanz versetzt Berge“ mit insgesamt 130.000 € bedacht.

In den Jahren 2019 bis 2021 wurde dieser Verein für ein Projekt mit dem Titel „Akzeptanz leben? Lass uns reden!“ mit 247.182 Euro, in 2018 bis 2021 für „Queer durch Sachsen“ mit 167.040 Euro gefördert. Das macht 544.222 Euro. Mit der für 2022 veranschlagten Summe beläuft sich die Förderung durch den Freistaat auf 688.372 Euro...

Damit in und um Chemnitz nicht etwa eine sexuelle Wüstenei entsteht, gibt es obendrein noch ein *Information Center for LGBTI Refugees Chemnitz*.²⁴

Man kann allein daran erkennen, dass hier Posten und Pöstchen geschaffen werden, die der Gesellschaft keinen Nutzen bringen, dafür aber die Gender-Ideologie allenthalben verbreiten sollen. Da werden „Akzeptanzvermittler_

innen“ ausgebildet und als „Moderator_in im Bildungsprojekt“ qualifiziert, um „Chemnitz und Umgebung offener und vielfältiger zu gestalten, Vorurteile und Berührungsängste abzubauen und Diskriminierung zu vermeiden“. Und na-



türlich wird die Ideologie auch ans Kind und den Heranwachsenden gebracht – mit Einladungen „zu unserem Trans*- und Inter*-Kidstreff“. Es wird deutlich, wie hier sexuelle Orientierungen nicht bloß betreut, sondern geschaffen werden sollen, indem sie Kindern als „hip“ und „cool“ verkauft werden.

Nach diesem Muster operiert auch der Leipziger *RosaLinde* e.V., ein „Verein für queere Begegnung, Bildung und Beratung“, der „umfassende psychosoziale Beratung“ anbietet und „Bil-

dungsveranstaltungen für Schulen“ und „Begleitung von Regenbogen-AGs an Schulen“ durchführt sowie der Verein *Gerede* e.V. in Dresden, der „borderless diversity“ (also „grenzenlose Diversität“) verheißt.

Eine 2001 erfolgte Ausgründung aus dem *Gerede* e.V. ist der CSD Dresden, der „eigenverantwortlich und ehrenamtlich den jährlich im Frühsommer stattfindenden Christopher Street Day in Dresden“ organisiert.²⁵ Neben dieser Hauptaufgabe engagiert er sich für

**Womit sich die
Gender-Flüchtlings- Antifakatz
wieder einmal in den Schwanz
beißen dürfte...**



„traumatisierte“ und „queere“ Flüchtlinge: In den Jahren 2016-2020 erhielt er dafür ca. 680.000 Euro.²⁶ Das Problem ist auch hier wieder: Weder „traumatisiert“ noch „queer“ sind in irgendeiner Weise „nachprüfbare“ Befunde.

Das Programm ist damit geradezu eine Einladung zum Schwindel. Außerdem sind Sonderförderungen aufgrund der sexuellen Orientierung diskriminierend und verstoßen gegen den Gleichheitsgrundsatz.



Endnoten

- ¹ www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41629/zivilgesellschaft
- ² Unter diesem Titel berichtet der Autor Vincent Steinkohl am 23. Oktober 2022 in der Jungen Freiheit über das ständig teurer werdende Bundesprogramm „Demokratie leben!“
www.jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/demokratie-leben-zivilgesellschaft
- ³ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/8439, (J. Nagel, Die Linke)
- ⁴ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/9143, (C. Hütter, AfD)
- ⁵ www.revosax.sachsen.de/vorschrift/19550-Foerderrichtlinie-Weltoffenes-Sachsen#t1romll
- ⁶ www.nzz.ch/international/kommt-die-groesste-gefahr-fuer-die-deutsche-demokratie-wirklich-von-rechts-ld.1662568
- ⁷ www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1059606
- ⁸ www.sueddeutsche.de/politik/demokratiefoerderungsgesetz-extremismus-rassismus-paus-1.5644760
- ⁹ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/3526, (A. Barth, AfD), Drs. 7/5576, (C. Hütter, AfD)
- ¹⁰ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/3526, (A. Barth, AfD)
- ¹¹ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/5576, (C. Hütter, AfD)
- ¹² www.buendnisgegenrassismus.de/mitglieder
- ¹³ www.de.statista.com/statistik/daten/studie/1095658/umfrage/anzahl-der-auslaender-in-sachsen-nach-staatsangehoerigkeit/ - www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/fluechtlinge-kapazitaet-kritik-100.html
- ¹⁴ www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/#footnote-target-2
- ¹⁵ www.buendnisgegenrassismus.de/mitglieder
- ¹⁶ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/4461, (M. Jost, AfD)
- ¹⁷ Antwort der Landesregierung auf Drs. 6/13935, (C. Hütter, AfD)
- ¹⁸ Zur Hammerbande Vgl. www.deutschlandfunk.de/linksextreme-gewalt-prozess-dresden-100.html
- ¹⁹ www.ura-dresden.org
- ²⁰ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/4461, (M. Jost, AfD)
- ²¹ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/3518, (A. Barth, AfD)
- ²² Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/9495, (M. Jost, AfD)
- ²³ www.allende-haus.de/falken
- ²⁴ www.sachsen.lsvd.de/lgbti-refugees/ Vgl. Drs. 7/4854, (M. Jost, AfD)
- ²⁵ www.csd-dresden.de/services/der-verein
- ²⁶ Antwort der Landesregierung auf Drs. 7/2886, (M. Jost, AfD)

Letztes Zugriffsdatum der hier aufgeführten Links: 03.03.2023

Impressum

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

V.i.S.d.P: Bernd Lommel, Fraktionsgeschäftsführer

Erste Auflage, 2023.

Bildnachweise:

Grafikelemente Hintergrund S. 4-5: [denayune]/stock.adobe.com

Grafik und Hintergrund Einhorn S. 6-9: [Stockgiu]/stock.adobe.com

Grafik Säule S.11: [Tartila]/stock.adobe.com

Hintergrund S.12-14: freepik/freepik.com

Illustration Hintergrund S. 15-17: [Bakai]/stock.adobe.com

Illustration S. 17: [Hurca!]/stock.adobe.com

Illustration Personen S. 19: [Ismunandar]/stock.adobe.com

Flagge S. 19: [Quince Media] /www.pixabay.com

Illustration Sofa und Hintergrund S. 20-21: [artinspiring]/stock.adobe.com

Druckerei

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

FRAKTION **SACHSEN**

